



Dit und Dat

Liebe Freunde / Mitstreiter für Vernunft, wissenschaftliche Fakten, Freiheit, Demokratie,
liebe weitere Interessierte, werte Parlamentarier / Politiker, Presse (in BCC) ... auch zu Ihrer Info,

anbei einige Nachrichten - eine bunte Mischung von Mainstream- bis Querdenker-Presse, auch thematisch, s.u. Links, mit einigen Textauszügen und einem Anhang (96. C-Inf.), auf unserer Webseite zu finden unter „Weitere Beiträge“ wie folgt: [96.-Corona-Informationen-24.-Juli-2023.pdf \(buerger-fuer-technik.de\)](https://www.buerger-fuer-technik.de/2023/07/96.-Corona-Informationen-24.-Juli-2023.pdf)

Ein jeder lese / höre und denke selbst und bilde sich seine eigene Meinung ...

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martin Lindner

1. Vorsitzender der Bürger für Technik e.V.

<https://www.buerger-fuer-technik.de>

https://www.buerger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/12/BfTFlyer_V1.3_1122.pdf

und wer uns beitreten / unterstützen möchte

https://www.buerger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf

[content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf](https://www.buerger-fuer-technik.de/wp-content/uploads/2022/10/AufnahmeantragBfT2.3_291022ohneIBAN.pdf)

IBAN DE75 4266 1008 0905 8882 05

ps Wir, die Bürger für Technik sind keiner politischen Partei zugehörig, vertreten aber mit klarer Kante wissenschaftlich basierte Fakten und Meinungen und werden nicht schweigend / tatenlos zusehen, wie unser Land mit nicht evidenz-basierten Ideologien an die Wand gefahren wird. Dies gilt für die Themen Klima / Energie ebenso wie für "Corona" etc.

Dennoch sind bei uns auch abweichende Meinungen zulässig, die wir ggf. veröffentlichen, auch persönliche politische Meinungen, jedoch keine Fakten-ferne Ideologien / Propaganda.

Es wird keine Weltklimakatastrophe geben - jedenfalls nicht in Kürze wegen menschengemachtem CO2. Das ist perfide Lügen-Propaganda und CO2 ist nicht schädlich, sondern essentiell für das Leben der Pflanzen und damit für alles Leben auf der Erde.

Alleine mit Sonne und Wind kann keine moderne Volkswirtschaft zuverlässig mit Strom versorgt werden.

Noch ist es nicht zu spät, wir können die Deutschland-Kaputtmacher noch stoppen ...

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/drei-viertel-der-menschen-unzufrieden-mit-bundesregierung/ar-AA1dHsCb?ocid=msedgntp&pc=U531&cvid=7d3d9752a72647288ac1f9433f54afd1&ei=2> Artikel von dpa • 11. Juli

Drei Viertel der Menschen unzufrieden mit Bundesregierung

Einer aktuellen Umfrage zufolge sind gut drei Viertel der Menschen in Deutschland unzufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung. 77 Prozent der Befragten gaben an, dass sie weniger oder gar nicht zufrieden sind - im Februar 2022 lag der Anteil noch bei 64 Prozent. Das geht aus dem RTL/ntv-Trendbarometer hervor. Auch unter den Anhängern der drei Regierungsparteien (SPD: 52 Prozent; Grüne: 55 und FDP: 71 Prozent) teilte jeweils eine Mehrheit diese Einschätzung. Nur insgesamt 22 Prozent aller Befragten zeigten sich zufrieden mit der Arbeit der Ampel-Koalition.

Angesprochen auf den Stopp des «Heizungsgesetzes» durch das Bundesverfassungsgericht gab eine Mehrheit an, dass die Regierung aus ihrer Sicht chaotisch regiere. 61 Prozent der Umfrageteilnehmer unterstützten die Einschätzung, dass der Eingriff des Gerichts zeige, dass die Ampel-Koalition unprofessionell und chaotisch regiere. 35 Prozent halten demnach diese Bewertung für übertrieben.

SPD, Grüne und FDP hatten monatelang über das Gebäudeenergiegesetz (GEG) mit den Heizungsregelungen gestritten. Dieses sollte am vergangenen Freitag im Bundestag verabschiedet werden - wurde aber vom Bundesverfassungsgericht gestoppt. Nun soll in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause am 8. September darüber entschieden werden. Weitere aktuelle Streitthemen waren und sind der Haushalt 2024 wegen der Sparvorgaben von Finanzminister Christian Lindner (FDP), die davon betroffene Kindergrundsicherung und das Elterngeld.

Verwandtes Video: Noch nie waren die Deutschen so unzufrieden mit der Ampel wie jetzt (glomex)

<https://home.1und1.de/magazine/panorama/jahre-katastrophe-menschen-ahrtal-38392320> Umweltkatastrophe Aktualisiert am 14.07.2023

Zwei Jahre nach der Katastrophe: Wie es den Menschen im Ahrtal geht



Der 90-jährige Franz Kluckert steht vor seinem Haus am Ufer der Ahr. Als die Flutwelle kam, hatte sich der Senior mit seiner Frau in letzter Minute ins Obergeschoss retten können. Jetzt hofft er, bald wieder in sein Haus ziehen zu können. Zwei Jahre nach der tödlichen Flutwelle stehen im Ahrtal noch immer etliche völlig zerstörte Häuser. © dpa / Boris Roessler

Lesedauer: 3 Min.

Teilen

Von

[Ira Schaible \(dpa\)](#)
[Boris Roessler \(dpa\)](#)

Der 90 Jahre alte Franz Kluckert zieht rund zwei Jahre nach der Flutkatastrophe im Ahrtal wieder in sein Haus im Weinort Dernau ein. Noch wohnt er zusammen mit seiner Frau in einem provisorisch aufgestellten Tiny-Haus auf der anderen Seite des Flüsschens. "Es geht langsam vorwärts, ich hätte nicht gedacht, dass es so lange dauert", sagt Kluckert, der aus Ostpreußen stammt und seit rund 40 Jahren in dem idyllischen Tal zu Hause ist.

[Mehr Panorama-News](#)

Einige Nachbarn von Kluckert leben bereits wieder in ihren sanierten Häusern und sind mit den letzten Arbeiten beschäftigt, etwa den Vorgärten. Dazwischen hat jemand an die schlammbespritzte Fassade eines von der Flutwelle schwer beschädigten Hauses "Danke Euch" geschrieben und ein Herz daneben gemalt. Gemeint sind die zahlreichen freiwilligen Helfer. Die Besitzerin dieses Hauses sei nach der [Katastrophe](#) nicht mehr zurückgekehrt und inzwischen gestorben, berichten Nachbarn.

Flutkatastrophe 2021: 9.000 Gebäude zerstört

Bei der Flutkatastrophe vom 14. auf den 15. Juli 2021 im Westen Deutschlands sind allein in Rheinland-Pfalz mindestens 136 Menschen ums Leben gekommen – davon 135 im Ahrtal und ein Mann in der Eifel. Eine Person wird noch vermisst. 766 wurden verletzt. Im benachbarten [Nordrhein-Westfalen](#) starben bei Hochwasser nach extremem Starkregen 49 Menschen. Im Ahrtal wurden auf einer Länge von 40 Kilometern Straßen, Brücken, Gas-, Strom- und Wasserleitungen sowie rund 9.000 Gebäude zerstört oder schwer beschädigt. Rund 42.000 Menschen waren betroffen.

Noch immer finden sich im Ahrtal schwer beschädigte Häuser und Brücken, die so aussehen, als ob die stinkenden, zerstörerischen Wassermassen gerade erst durch das Tal gerauscht seien. Es werden noch immer Häuser abgerissen. Aber auch Bagger, Bauzäune und Baugerüste prägen das Bild in dem Tal mit dem Steillagenweinbau – dem größten zusammenhängenden Rotweinanbaugebiet Deutschlands.

Am Abend der Katastrophe habe er im Dunklen versucht, die Türen im Erdgeschoss zu öffnen, um zu sehen, wie hoch die Ahr steht, erzählt Kluckert. Glücklicherweise habe er sie aber nicht mehr aufbekommen – weil die Wassermassen bereits so stark dagegen drückten. "Sonst wäre ich auch tot." Er rettete sich mit seiner Frau ins oberste Stockwerk und wurde am Tag darauf von einem Hubschrauber der Bundeswehr aus seinem vollgelaufenen Haus herausgeholt, erzählt er.

"Die älteren Kinder spielen im Bauschutt"

"Vor einigen Tagen hat die Bäckerei wieder aufgemacht", sagt eine 75 Jahre alte Nachbarin Kluckerts, in deren Haus das Wasser in der Katastrophennacht bis in den ersten Stock stand. "Aber hier ist weniger Leben als früher." Vor allem die Tourismus-Infrastruktur lasse auf sich warten.

"Bitter", sagt ein Lehrer aus Remscheid und schluckt. "Ich kann es nicht fassen, dass das Wasser so hoch gestanden hat." Der 57-Jährige zeigt auf immer noch deutlich sichtbare Ränder in fast zehn Metern Höhe im Weinort Mayschoß. Er ist mit dem Rad und dem Wohnmobil einige Tage im Ahrtal unterwegs – zum ersten Mal seit der Flut und fühlt sich dabei nicht besonders wohl, "wie ein Katastrophentourist". Seinen Namen will er daher auch lieber nicht sagen.

"Das ist erschreckend, dass das nach zwei Jahren immer noch so aussieht. Das sind ja Familienschicksale", sagt der Lehrer aus Nordrhein-Westfalen betroffen. "Meine Frau und ich waren früher häufiger hier." Denn das enge Ahrtal sei etwas ganz Besonderes, an Rhein und Mosel kenne er nichts Vergleichbares. Diesmal kann seine Frau nicht dabei sein, aber er vergleicht mit ihr digital Fotos von der letzten Reise 2019 und heute. "Ich bin gespannt, wie lange das noch dauert, bis man hier wieder so einigermaßen leben kann."

"Warten, warten, warten", beschreibt Tim Himmes aus einer Schaustellerfamilie in Schuld die Stimmung. "Wir haben ja immer noch keine richtige Straße vorm Haus", sagt der 23-Jährige. Und mit dem Wiederaufbau des Hauses seiner Familie gehe es zwar weiter, aber viel langsamer als gedacht. Seine Schwester Anna muss ihren kleinen Sohn immer ganz genau im Auge behalten. "Hier gibt es noch keinen Spielplatz, nicht mal eine Schaukel oder eine Rutsche", sagt die 25-Jährige. "Die älteren Kinder spielen im Bauschutt."

"Das kann nicht in fünf Jahren wieder aufgebaut werden"

Die denkmalgeschützte Nepomukbrücke im Ahr-Ort Rech hat den Menschen im Ahrtal in der Flutkatastrophe viel Leid gebracht und ist inzwischen bundesweit bekannt. An den Pfeilern der Brücke von 1723 zerschellten Wohnwagen, Trümmerteile stauten die Wassermassen, die Brücke wurde schwer beschädigt und Teile des Ortskerns komplett weggerissen. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und der Deutsche Verband für Kunstgeschichte wollen trotzdem den Erhalt des Bauwerks. Es gibt aber eine Abrissgenehmigung. Im Streit um die Zukunft der Brücke trat der Bürgermeister zurück. Sein Nachfolger Thomas Hostert betont, der Beschluss sei weiterhin gültig, aber es seien auch erneut Eingaben gegen den Abriss gemacht worden.

Die Flut habe vieles kaputtgemacht, was über Jahrhunderte entstanden sei, sagt der Vorstandsvorsitzende der Wiederaufbaugesellschaft Zukunft Mittelahr, Martin Schell, an der Nepomukbrücke. "Das kann nicht in fünf Jahren wieder aufgebaut werden." © dpa

https://www.achgut.com/artikel/gute_mehrheiten_schlechte_mehrheiten Claudio Casula 11.07.2023

Gute Mehrheiten, schlechte Mehrheiten

Ein Professor Ouma aus Bayreuth meint, man müsse „mit der Vorstellung klar aufräumen, dass die Demokratie eine Regentschaft der Mehrheit sei“. Wenn man seine Macht schwinden sieht, soll also ein demokratisches Prinzip über Bord gehen. Interessant!

Mit den Mehrheiten ist das in der [Demokratie](#) so eine Sache. Die Zeiten ändern sich, Mehrheiten können mitunter wechseln, und wenn es schlecht läuft für die Regierenden, werden sie abgewählt. Das gehört sogar zur Demokratie: Das politische System muss die Chance zum Machtwechsel bieten, damit die Minderheit auch selbst einmal Mehrheit werden kann. Derzeit ist nicht nur der stellvertretende bayerische Ministerpräsident und Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger der Meinung, wir müssten uns [„unsere Demokratie zurückholen“](#), denn immer offensichtlicher wird, dass die Regierung Politik gegen die Mehrheit der Wähler macht.

Eine Mehrheit der Menschen im Land ist [gegen die unbegrenzte Einwanderung](#) zu Lasten nicht nur der Sozialsysteme. Eine Mehrheit ist [gegen den Atomausstieg](#), der in Zeiten der Energieknappheit der helle Wahnsinn ist und obendrein dem behaupteten Klimaschutz Hohn spricht; eine Mehrheit ist [gegen das eben gerichtlich gestoppte Heizungsgesetz](#) von Robert Habeck, das Hausbesitzer, Vermieter und Mieter ärmer machen wird, und, ja, wenig überraschend ist eine Mehrheit [gegen die Ampel-Regierung](#). Dennoch zieht die Koalition ihr Programm gegen die Bevölkerung rücksichtslos durch. Und da fragt noch jemand, wie es zu dem aktuellen Umfragehoch der AfD kommt, Tendenz steigend? In den ostdeutschen Bundesländern ist sie bereits jetzt [stärkste Partei](#), und so flattert der Ampel und allen angeschlossenen NGOs, Vereinen und Instituten das Hemd.

Im [Interview mit dem Kurier](#) (leider hinter der Bezahlschranke), sagt Professor Dr. Stefan Ouma, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeografie und Mitglied des Exzellenzclusters „Africa Multiple“ an der Universität Bayreuth, aufgeschreckt über die Umfragewerte der AfD und die Wahl eines Landrates („es sind dunkle Stunden“):

„Und man muss mit der Vorstellung klar aufräumen, dass die Demokratie eine Regentschaft der Mehrheit sei.“

Wenn die eigenen Leute keine Mehrheit mehr haben, soll die Mehrheit nicht mehr entscheiden dürfen? Das sagt viel aus über das Demokratieverständnis des „Forschenden“, der das so begründet: *„Eine gut funktionierende Demokratie zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie Minderheiten schützt und die Unversehrtheit des Einzelnen garantiert.“*

Schon mal was vom Mehrheitsprinzip gehört?

Was allerdings kein Widerspruch ist, denn die Rechte der Bürger sind im Grundgesetz verankert, nur wer uns regiert, das wird alle vier Jahre neu entschieden – vom Souverän, dem Volk (Demokratie bedeutet wörtlich: *Herrschaft des Volkes*). Die Bundesrepublik ist eine repräsentative Demokratie, in der das Volk durch gewählte Volksvertreter „herrscht“. Dr. Stefan Ouma mag es vergessen haben oder für veraltet halten, aber es ist das Mehrheitsprinzip, nach dem oftmals

Entscheidungen getroffen werden: Bei Abstimmungen und Wahlen setzt sich der Wille der Mehrheit gegenüber dem Willen der Minderheit durch. Und die Entscheidung ist dann für alle gültig, ob Einstimmigkeit dabei herauskommt, eine qualifizierte, eine absolute oder eine relative Mehrheit. Die entscheidet – und keine „Bürgerräte“, irgendwelche Lobbygruppen oder Regierungen, die nicht einmal mehr eine Mehrheit haben, wenn sich fünf Parteien zusammentun.

Kürzlich hat die Grüne Katrin Göring-Eckardt bei Twitter anhand von Beispielen aus dem Alltag abenteuerliche Definitionen von Demokratie zum Besten gegeben. Eine [lautete so](#): „Demokratie ist, wenn sich eine Bürgerenergiegenossenschaft und ein Industrieunternehmen zusammentun und in der Nähe von Erfurt eine Solaranlage bauen.“ Für Frau Göring-Eckardt ist alles „Demokratie“, was sie für gut und richtig hält. Ansonsten meint man in diesen Kreisen, einmal an die Macht gelangt, dürfe man ruhig Politik gegen die Mehrheit machen. Notfalls muss man eben den politischen Gegner [verbieten](#), Wähler [sanktionieren](#) oder eben der Mehrheit die Entscheidungsgewalt absprechen, wie Dr. Ouma.

Alle anderen wissen: In der Demokratie ist das Volk der Souverän (die oberste Staatsgewalt) und die politischen Entscheidungen werden durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung gefällt. Zuwiderhandlung kann zur Abwahl führen. Und die Erfahrung werden auch die Grünen früher oder später machen. [Demokratie lebt](#).

Claudio Casula arbeitet als Autor, Redakteur und Lektor bei der Achse des Guten.

<https://www.achgut.com/> - Weiteres:



Verharmloser.

Dirk Maxeiner, Achgut-Autor. Wenn Sie diese Stimme weiter hören wollen, müssen Sie jetzt etwas tun. Achgut.com braucht Paten. [Hier](#)



Der Sonntagsfahrer: Die wahren Verbrenner

Früher galt das Vorsorgeprinzip als Richtschnur beim Einsatz neuer Technologien. Für die Steckenpferd-Techniken unserer Regierung gilt das aber nicht mehr. Eine Bestandsaufnahme aus Anlass der Havarie des Autofrachters „Fremantle Highway“ mit 500 E-Autos an Bord./ [mehr](#)



https://www.achgut.com/artikel/kernkraftausstieg_der_naechste_winter_kommt_bestimmt

Kernkraftausstieg – der nächste Winter kommt bestimmt

Nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke wurde allseits versichert, dass die Betreiber ihre eigenen Anlagen durch die Dekontamination mit Säure in Vorbereitung des Rückbaus zerstört hätten und diese damit endgültig unbrauchbar wären. Das ist falsch. Richtig ist, dass die Energiepolitik das Land rasant in eine wirtschaftliche Katastrophe befördert. / [mehr](#)



30.07.2023 [indubio](#) / 30.07.2023 / 06:00 / [Foto: Achgut.com](#) /

[Indubio Folge 287 – Mehr Demokratie-Abbau wagen?](#)

Gerd Buurmann spricht mit seinen drei Gästen über die Lust mancher Leute, mehr Demokratie-Abbau zu wagen." Über diese Forderung, mehr Demokratie-Abbau zu wagen, spricht Gerd Buurmann mit seinen drei Gästen. Zugeschaltet sind der Podcaster Christian Schneider von Aethervox Ehrenfeld, der Blogger Julian Marius Plutz vom Blog Neomarius und die Achse-Autorin Malca Goldstein-Wolf./ [mehr](#)

[Roger Letsch](#) / 29.07.2023 / 10:00 / [Foto: Titel Bild am Sonntag-Ausgabe 7 Juli 1957](#) /

[In der Welt der Überhitzten](#)

Zum Glück schauen nicht alle Menschen voller Angst auf ihre Katastrophen-App, beklagen Sommer und Winter, Ebbe und Flut. Manche setzen einen Hut auf oder ziehen Gummistiefel an. Wieder andere lesen die Bild-Zeitung von 1957./ [mehr](#)



[https://www.achgut.com/artikel/zahlencheck die hitzeantik beruht auf heisser luft](https://www.achgut.com/artikel/zahlencheck_die_hitzeantik_beruht_auf_heisser_luft)

2022 und pre:

https://www.achgut.com/artikel/bericht_zur_coronalage_nicht_wissen_wollen_heisst_vorsatz

https://www.achgut.com/artikel/deutschland_ein_luegenmaerchen-2

https://www.achgut.com/artikel/deutsch_uebersetzung_klimaschuetzer_entschuldigt_sich_fuer_pankmache

https://www.achgut.com/artikel/mythen_und_fakten_ueber_klima_und_energie_3

<https://report24.news/irrefuehrung-um-hitzetote-und-wieder-stuetzt-die-wissenschaft-eine-politische-agenda-mit-luegen/> Klima, Kommentar 27. Juli 2023

Massive Irreführung: Wie Gefahr des Hitzetodes durch Falschdarstellungen herbeigelogen wird

Kälte ist tödlicher als Wärme: Wer der Propaganda des Mainstreams nicht auf den Leim geht, für den ist das Allgemeinbildung. Umso entlarvender ist es da, wenn den Menschen von der Politik im Winter Heizverzicht gepredigt wird – und bei ungefährlichen Sommertemperaturen drohen ihnen dann plötzlich **Veranstaltungsverbote**. Wie schon bei Corona ist es auffällig, wie bereitwillig sogenannte Wissenschaftler die passenden Zahlen generieren – oder aber unpassende Zahlen durch irreführende Grafiken dem

Narrativ anpassen. Für letzteres lieferte eine Lancet-Studie zu Kälte- und Hitzetoten ein beschämendes Beispiel.

Eigentlich kollidierte das Ergebnis der [Forschungsarbeit](#), die im März diesen Jahres im Lancet erschien, mit der allgemeinen Hitzepanik, denn sie zeigte, dass es im Schnitt jährlich rund zehnmal so viele Kältetote wie Hitzetote in Europa gibt:

In den 854 städtischen Gebieten Europas schätzten wir eine jährliche Übersterblichkeit von 203 620 (empirisches 95 %-KI 180 882–224 613) Todesfällen aufgrund von Kälte und 20 173 (17 261–22 934) Todesfällen aufgrund von Hitze.

Sehr kurios ist allerdings die Visualisierung dieser Daten. Die linke Grafik stammt aus der [Studie](#) und erweckt den Eindruck, dass Hitzetote je nach Land vor allem im Süden zahlenmäßig durchaus gleichauf oder gar höher liegen können als Kältetote. Das könnte kaum falscher sein: Die Irreführung entsteht dadurch, dass die Skalen für Kälte- und Hitzetote unterschiedlich gewählt wurden, was in dieser Art der Darstellung, die einen direkten Vergleich erlauben soll, schlicht unzulässig ist. [Björn Lomburg](#), seit langem bekannt für seine kritischen Positionen zu "Klimaschutz"-Maßnahmen, verdeutlichte das, indem er die Skalen anglich und die Grafik so korrigierte – die rechte Visualisierung verdeutlicht somit, dass Hitzetote im Vergleich zu Kältetoten nicht einmal in südlichen Ländern ins Gewicht fallen ...

<https://report24.news/weil-sich-ein-e-auto-an-bord-entzuendete-toedliches-feuer-auf-frachtschiff-vor-ameland> [Mobilität](#) 26. Juli 2023

Weil sich ein E-Auto an Bord entzündete: Tödliches Feuer auf Frachtschiff vor Ameland



Ein Frachtschiff mit rund 3.000 Autos an Bord steht vor der niederländischen Wattenmeerinsel Ameland in Flammen: Das Feuer soll in der Nacht auf Mittwoch in einem E-Auto entstanden sein. Der Brand konnte noch immer nicht gelöscht werden. Ein Mensch kam ums Leben, einige Besatzungsmitglieder wurden verletzt.

Die "Fremantle Highway" war mit 2.857 – 25 davon E-Autos – auf dem Weg von Bremerhaven nach Port Said in Ägypten. Gegen Mitternacht ging die Meldung über einen Brand an Bord ein: Die Besatzung versuchte, es zu löschen, doch das schlug fehl. Ein Mensch kam ums Leben. Das Schiff wurde evakuiert, einige Besatzungsmitglieder sprangen ins Meer und wurden von der Küstenwache herausgefischt, die übrigen wurden mit Hubschraubern gerettet. 16 der 22 Mitglieder, die überlebten, mussten mit Atemproblemen in Krankenhäuser gebracht werden, sie sollen aber nicht in Lebensgefahr schweben.

Auslöser des Feuers soll E-Auto gewesen sein

Noch immer konnte der Brand nicht gelöscht werden. ...

<https://home.1und1.de/magazine/panorama/verlegung-abgesagt-brennender-frachter-bleibt-vorerst-position-38478136> Nordsee Aktualisiert am 30.07.2023

Verlegung abgesagt: Brennender Frachter bleibt vorerst auf Position

Vier Tage lang liegt der brennende Frachter schon vor der niederländischen Küste. Die Sorge vor einer Umweltkatastrophe ist groß. Nun soll er an einen neuen sicheren Ort geschleppt werden. Doch der Wind spielt nicht mit.

Der seit Tagen brennende Autofrachter vor der niederländischen Küste kann vorerst doch nicht an einen sichereren Ort geschleppt werden. Das für dieses Wochenende geplante Manöver war am Samstagabend kurzfristig abgesagt worden.

Die derzeitige Windrichtung und der noch immer starke Rauch im brennenden Schiff machten den Einsatz unmöglich, teilte die Wasserbehörde in Den Haag mit. Möglicherweise müssen die Bergungsspezialisten nun Tage auf einen günstigeren Wind warten. "Bis dahin bleibt das Schiff an seiner heutigen Position."

Frachter liegt vor der niederländischen Küste

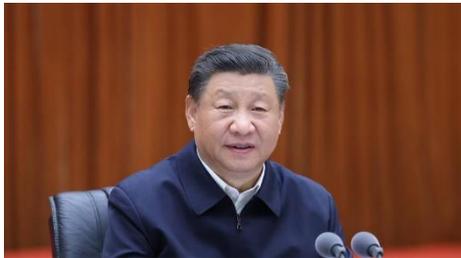
Die unter der Flagge Panamas fahrende "Fremantle Highway" war in der Nacht zum Mittwoch auf dem Weg von Bremerhaven nach Singapur, als das Feuer ausbrach. Bei der Evakuierung der Besatzung starb ein Mensch.

Brandherd war möglicherweise die Batterie eines elektrischen Autos. Aber bestätigt war das zunächst nicht. Seitdem liegt der Frachter vor der niederländischen Küste. Zunächst lag er im Norden der Insel Ameland, inzwischen befindet er sich im Norden der westlichen Nachbarinsel Terschelling. ...

<https://home.1und1.de/magazine/auto/kleinwagen-15000-euro-modelle-frage-38462986> Auto - Aktualisiert am 30.07.2023

Dramatischer Einbruch: Nur noch vier Kleinwagen-Modelle unter 15.000 Euro

China-Experte: "Der Westen bestimmt nicht länger die Spielregeln der Welt"



China entwickelt sich unter Xi Jinping zu einer Weltmacht. Experte Frank Sieren ist der Meinung, dass die EU eine gemeinsame Strategie entwickeln muss. © IMAGO/Xinhua/Ju Peng

China ist auf dem Weg zu einer Weltmacht. Doch westliche Staaten schaffen es nicht, sich zu positionieren. China-Experte Frank Sieren erklärt im Interview, welche Fehler Außenministerin Annalena Baerbock und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf der internationalen politischen Bühne machen – und er zeigt auf, was Angela Merkel besser gemacht hat. Zuallererst, glaubt Sieren, muss sich die EU auf eine gemeinsame Strategie einigen.

Herr Sieren, was sind die Absichten [Chinas](#)?

Frank Sieren: China möchte wieder so groß und mächtig werden, wie es bis Anfang des 19. Jahrhunderts war, mit 30 Prozent Anteil an der Weltwirtschaft. Und China möchte in eine Position kommen, in der es wieder machen kann, was es will, ohne dass andere Länder dazwischenfunken und sich ihm in den Weg stellen. Was es traditionell nicht möchte: andere Länder von seinem politischen System und seinen Werten überzeugen.

Das ist dieser alte Gedanke des "Reichs der Mitte". China hat sich als Mittelpunkt gesehen und alle anderen waren Barbaren. Um die musste man sich nicht kümmern, die durften Tribut zollen, aber die haben China nicht ins Geschäft geguckt.

Was bedeuten diese Absichten für die globale Machtordnung?

Dass zum ersten Mal eine multipolare Weltordnung entsteht. Das bedeutet, dass die Minderheit des Westens, so wie es jetzt jahrhundertlang der Fall war, die Spielregeln der Mehrheit der Welt nicht mehr bestimmen kann. Das ist eine Entwicklung, die man mit Fug und Recht als epochal bezeichnen kann.

Schaut man sich die Prognosen an, liest man immer wieder, dass die Bevölkerung bis zum Jahr 2100 um etwa die Hälfte schrumpfen wird. Das bedeutet auch, dass die Bevölkerung immer älter wird. Kann eine überalterte Bevölkerung solche Ziele überhaupt umsetzen?

Das wissen wir nicht, weil wir noch nicht verlässlich einschätzen können, wie sich die Digitalisierung und die Automatisierung auf den Arbeitskräftebedarf auswirken wird. Es kann sogar ein Vorteil sein, weniger junge Leute zu haben. Dann nämlich, wenn in der Wirtschaft, und das ist gar nicht mehr so unrealistisch, die Arbeit hauptsächlich von Robotern erledigt wird. Diese Entwicklung ist Gegenstand verschiedener Forschungsteams: Wie kann man mit weniger jungen Menschen ein so gutes Wirtschaftswachstum erreichen, dass die Alten eine gute Rente bekommen? Es geht also

darum, die Gewinner der Robotisierung zu besteuern, um das Geld den Alten zu geben. Alte an sich sind kein Problem. Arme Alte sind ein Problem.

Und sollte diese Rechnung nicht aufgehen, haben die Chinesen noch einen Joker, den die Amerikaner und viele westliche Länder schon längst gezogen haben: Sie können noch Einwanderungsland werden. [Peking](#) könnte, wenn es eng wird, von einem auf den anderen Tag beschließen, für junge Nachbarn die Tore öffnen.

... China hat einen Anteil von 18 Prozent an der Weltwirtschaft. Putin hat mit seinen 2,8 Prozent viel weniger zu verlieren. Ein solches Risiko geht man nur ein, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht und alles auf eine Karte setzt. Also eine große Wirtschaftskrise oder politische Unruhen im Land, und beides sehe ich derzeit nicht.

Es gibt Beobachter, die sagen, dass China in den nächsten drei bis fünf Jahren eine Wirtschaftskrise einholen wird.

Ich sehe nicht, dass der große Trend sich ändert: China wird immer stärker, die USA relativ dazu schwächer. Wirtschaftskrisen fallen nicht vom Himmel. Sie kündigen sich lange an. Man hat ein Handelsbilanzdefizit. Um seine Einkäufe zu bezahlen, verschuldet man sich im Ausland. Wenn das nicht mehr reicht, geht man ans Sparsbuch. Das sind bei Ländern die Devisenreserven. Wenn die abgeschmolzen sind, druckt man Geld – und die Inflation schießt nach oben. Das Wachstum bricht ein. China hingegen erzielt einen Rekordüberschuss nach dem anderen, hat kaum Auslandsschulden, sehr hohe, stabile Devisenreserven, keine Inflation, ein Wachstum von über fünf Prozent. Die Binnenschulden sind zwar hoch, aber die spielen keine Rolle, solange man keine Auslandsschulden aufnehmen muss.

Woran machen Sie fest, dass die globalen Machtverhältnisse schwanken?

Der Westen bekommt keine Mehrheit mehr in der G20. Die BRICS-Staaten haben bereits heute eine knapp größere Wirtschaftskraft als die G7 und vertreten 40 Prozent der Weltbevölkerung, während die G7-Staaten nur 10 Prozent vertreten.

Es ist für mich eine riesige Überraschung, dass diese aufsteigenden Länder wie China, [Indien](#), [Brasilien](#), unabhängig ihrer politischen Systeme und ihres wirtschaftlichen Entwicklungsstandes, sich jetzt zusammenschließen, um zu verhindern, dass die Minderheit des Westens die Spielregeln für die Mehrheit der Welt bestimmt.

Welche Rolle spielt [Deutschland](#) und [Europa](#) dabei?

Viele Politiker versuchen, die alte Weltordnung noch irgendwie zu halten. Die ist aber nicht zu halten. Das ist ein bisschen so wie beim Adel und Bürgertum im 19. Jahrhundert. Der Adel hat, als Minderheit, die Spielregeln der Mehrheit bestimmt. Und irgendwann haben die Bürger sich dagegen aufgelehnt. Das war der Beginn des Abstiegs des Adels. Die schlauen Adligen haben sich mit den aufsteigenden Bürgern zusammengetan. Die bornierten Adligen blieben stur gegenüber den Aufsteigern und haben ihre Macht verloren.

Und Deutschland bleibt stur?

Wir unterschätzen jedenfalls das Tempo, mit dem wir an Bedeutung verlieren, so wie ganz Europa. Wir haben nicht verstanden, dass wir uns in globalen Machtverhältnissen bewegen müssen, die sich verändern. Das gilt auch für die Wirtschaft.

Über viele Jahre konnten wir herstellen, was wir wollten. Es hatte die beste Qualität auf der Welt und es wurde gekauft. Deutschland war das sicherste Land, das Land mit dem besten Sozialsystem, das Land mit den besten Hidden Champions, mit den besten Autos und so weiter. Diese Zeiten sind vorbei. Alles relativiert sich gerade.

Diese Weltordnung der Generation Golf, in der dieser Reichtum selbstverständlich ist, löst sich gerade auf. Und anstatt die Chancen der sich verändernden Weltordnung zu nutzen und unsere Interessen in diese neue Weltordnung einzubringen, versuchen wir mit aller Kraft, daran festzuhalten. Der Prototyp dieser Politik in Deutschland ist [Annalena Baerbock](#).

Wie meinen Sie das?

Sie vertritt eine wertegeleitete Außenpolitik, die davon ausgeht, dass die Welt sich so verhalten soll, wie sie und Teile ihrer Partei das für richtig halten. Wir bestimmen die wertebasierte Weltordnung, die anderen müssen sich daran halten, sonst werden sie mit Sanktionen überzogen. Sie handelt sicher in guter Absicht. Doch sie verkennt völlig die realen Machtverhältnisse. Die Mehrheit der Welt ist nicht mehr gezwungen, das zu tun, was wir wollen.

Zudem hat sie keine Mehrheit für ihre Politik in Europa. Frankreich und auch Italien, Spanien oder die Niederlande sehen das anders. Aber sie hat auch keine Mehrheit für ihre Politik in der Koalition, und selbst in der eigenen Partei ist ihre Position umstritten. Jürgen Trittin, der außenpolitische Sprecher der Grünen Fraktion, stützt ihre Position nicht. In China, aber auch in Indien oder Brasilien fragt man sich bereits, für wen Baerbock eigentlich spricht, wenn sie dort hinreist und ihre Weltordnung als die globale Weltordnung verkaufen möchte.

Das war bei [Merkel](#) anders?

Man kann von Merkel halten, was man will, aber wenn sie eine Position vertreten hat, hat sie im Vorhinein die wichtigsten EU-Länder mit an Bord geholt. Damit hatte ihre Stimme Gewicht.

Auch als die EU-Kommissionspräsidentin [Ursula von der Leyen](#) China besucht hat, wurde sie gefragt, für wen sie eigentlich sprechen würde. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez, Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz hatten eine andere Position. Die Vorstellung, Europa sei der Nabel der Welt, gibt es also nicht nur bei den Grünen, sondern auch bei der CDU. Es geht nicht mehr anders: Wir müssen uns in Europa erst einmal auf eine gemeinsame Linie einigen. Diese Linie muss die neuen Machtverhältnisse, in denen die Aufsteigerländer die Mehrheit haben, im Blick behalten.

Und sie muss international konsensfähig sein, weil wir sie sonst nicht durchgesetzt bekommen. Wer glaubt, das nicht nötig zu haben, geht auf der internationalen politischen Bühne unter.

Dass viele dieser Werte sinnvoll und gut für die Welt sind, daran zweifelt niemand. Natürlich müssen wir auch weiterhin unsere Werte vertreten und wir dürfen sie nicht aufgrund von wirtschaftlichen Interessen aufgeben. Der entscheidende Punkt ist, dass wir andere Länder nicht mehr zwingen können, unsere Werte anzunehmen. Wir müssen sie überzeugen. Und es bringt nichts, mit Ländern wie China von oben herab zu sprechen. Und schon dreimal nicht sollten wir glauben, wir können uns unsere Doppelmoral leisten. Wir können nicht mehr Mitbestimmung für die Menschen in China fordern, aber auf globaler Ebene Mitbestimmung und das Mehrheitsprinzip verweigern.

Deswegen täte Europa gut daran, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, die die globalen Institutionen so umbauen will, dass sie die Mehrheitsverhältnisse in der Welt realistisch widerspiegeln, auch wenn es bedeutet, dass die G7-Länder nicht mehr automatisch bestimmen. ...

<https://home.1und1.de/magazine/panorama/rat-gender-binnenzeichen-kernbestand-orthografie-38426290> Rechtschreibung Aktualisiert am 14.07.2023

Rat: Gender-Binnenzeichen nicht Kernbestand der Orthografie

Doppelpunkt, Unterstrich und Sternchen im Wort: Immer wieder werden kontroverse Debatten über das Gendern geführt. Für viele ist geschlechterneutrale Sprache inzwischen zum Reizthema geworden. Nun hat sich der Rat der deutschen Rechtschreibung erneut mit dem Thema beschäftigt.

Es bleibt kompliziert. Über das Thema Gendern mit Doppelpunkt, Unterstrich und Sternchen im Wortinneren - wie etwa bei "Schüler:innen", "Schüler_innen" oder "Schüler*innen" - gibt es schon lange eine gesellschaftliche Debatte in [Deutschland](#).

Das Ganze ist längst politisch aufgeladen und kocht immer wieder hoch - in Schulen, am Küchentisch, am Arbeitsplatz. Im Alltag geht es um solche Fragen wie die, ob in der Schule Gendern als Fehler in einer Klausur gewertet wird.

An der ganzen Debatte und der großen Bandbreite in den Bundesländern wird sich vermutlich nach der neuesten Äußerung des Rats für deutsche Rechtschreibung nichts ändern. Wer sich eine eindeutige Positionierung erhofft hatte, die auf einen einfachen Nenner zu bringen ist, wurde enttäuscht.

Rechtschreib-Rat diskutiert kontrovers über Gendern

Selbst in dem Gremium als wichtige Instanz für Rechtschreibung war die Sitzung zum geschlechtergerechten Schreiben sehr kontrovers, wie der Ratsvorsitzende Josef Lange am Freitag im belgischen Eupen danach berichtete. Der Rat kam auch deshalb zusammen, weil es im Vorfeld sehr viele Fragen von Behörden und Schulen gab, wie sie mit dem Thema Gendern umgehen sollen.

Ergebnis: Der Rat für deutsche Rechtschreibung stuft Genderzeichen im Wortinneren nicht als Kernbestand der deutschen Orthografie ein. Zugleich führt der Rat in einer neuen Ergänzung zum Thema Sonderzeichen das Gendern im Wortinneren - Doppelpunkt, Unterstrich und Sternchen - auf.

Ratsvorsitzender Lange sagte der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zur Einordnung, dass man damit das gesellschaftliche Phänomen an sich beschreiben wolle. Die Zeichen vermittelten "übersprachlich aufgeladen", dass damit alle Geschlechtsidentitäten gemeint seien.

Der Rat trage dem Rechnung, dass es das Phänomen in der Gesellschaft gebe und sich sprachhistorisch entwickle. Lange ergänzte zugleich: "Der Genderstern gehört nicht zum Kernbereich der deutschen Orthografie." Es seien also auch weiterhin keine regulären Zeichen. In der Folge könne es in einer Reihe von Fällen dazu führen, dass es grammatikalische Folgeprobleme gebe. Man müsse das Ganze weiter beobachten.

Rat: Gendern ist gesellschaftspolitische Diskussion

Weitere Handreichungen gab es nicht. Der Rat sieht seine künftige Arbeit aber besser systematisiert. Lange machte zudem aus seiner Sicht klar: Es handele sich beim Gendern nicht um eine orthografische, sondern um eine gesellschaftspolitische Diskussion. Die Spannungen könne man nicht mit orthografischen Mitteln auflösen. Die Orthografie sei lediglich ein Vehikel.

Die Aufgabe des Rates im Auftrag von staatlichen Stellen mehrerer Länder, die die deutsche Sprache verwenden, ist es, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren und die Rechtschreibung auch mit Blick auf den Wandel der Sprache weiterzuentwickeln.

Der Rat will nun den staatlichen Stellen - in Deutschland sind die Kultusministerkonferenz und das Bundesinnenministerium beteiligt - vorschlagen, das Amtliche Regelwerk durch den Abschnitt Sonderzeichen zu ergänzen. Erst mit Billigung der staatlichen Stellen gibt es eine Bindungswirkung. Es folgt jetzt voraussichtlich zunächst ein Anhörungsverfahren, im Dezember könnte final beschlossen werden.

Die bisherigen Empfehlungen des Rates sind zugleich nicht aufgehoben, wie das Gremium mitteilte. Zuletzt hatte der Rat im Jahr 2021 empfohlen, Sternchen, Unterstrich, Doppelpunkt oder andere Formen zur Kennzeichnung von mehrgeschlechtlichen Bezeichnungen im Wortinneren zu diesem Zeitpunkt nicht in das Amtliche Regelwerk aufzunehmen.

Jetzt wäre es auch weiterhin nicht regulär aufgenommen, aber als Phänomen in dem Bereich Sonderzeichen beschrieben. Zu seiner Empfehlung führte der Rat damals unter anderem aus, dass geschlechtergerechte Schreibweise nicht das Erlernen der geschriebenen deutschen Sprache erschweren dürfe.

Söder schließt Gendern in Bayern aus

Der Ratsvorsitzende fasste am Freitag weiter zusammen: Es sei eine politische Entscheidung, wie man Verwaltungstexte formuliert. Zum Thema Schulen: Es sei einheitliche Meinung im Rat, dass in der Grundschule die deutsche Normsprache erlernt werden müsse und dann könnte in höheren Schulstufen das differenzierter bewertet werden.

Seit Jahren wird in Deutschland diskutiert, ob - und wenn ja, wie - die männlichen Formen in der Sprache durch weiter gefasste Begriffe ersetzt werden können oder sollten - um zum Beispiel Frauen offensiver einzubeziehen. Das Gendersternchen wie bei Lehrer*innen ist eine Möglichkeit. Manche setzen an die Stelle auch einen Doppelpunkt oder einen Unterstrich. In der gesprochenen Sprache und im Fernsehen oder Radio äußert sich das dann als Sprechpause.

Bayerns Ministerpräsident [Markus Söder](#) (CSU) - in dem Bundesland wird noch in diesem Jahr der Landtag gewählt - schloss noch vor dem Ende der Sitzung eine Pflicht zum Gendern in Bayern kategorisch aus. "Jeder soll es persönlich halten, wie er es will! Aber für Bayern gilt: Eine Pflicht zum Gendern wird es im Freistaat definitiv nicht geben...", schrieb Söder am Freitag auf Twitter. Söder und die CSU machen seit geraumer Zeit Wahlkampf mit dem Thema.

Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich Politik und Medien: CDU-Chef Friedrich Merz positionierte sich auf einem CDU-Parteitag 2022 indirekt gegen das Gendern im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und sagte: "Universitäten, meine Damen und Herren, und öffentlich-rechtlicher Rundfunk sind keine Volkserziehungsanstalten." Von Senderseite wurde der Vorwurf zurückgewiesen.

Auch in der Wirtschaft und bei Gerichten ist das Thema Gendern längst angekommen. So beschäftigte sich zum Beispiel das Landgericht Ingolstadt im vergangenen Jahr mit einer Klage gegen einen Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache beim Autobauer Audi.

(dpa/thp)

<https://home.1und1.de/magazine/politik/toedlichster-buergerkrieg-weltweit-tigray-konflikt-38415836> Aktualisiert am 15.07.2023,

Analyse Tigray-Konflikt

Mehr Tote als im Ukraine-Krieg: Darum geht es im Tigray-Konflikt in Äthiopien

Viele Menschen starben und sterben immer noch an Krankheiten und verhungern infolge des Konfliktes. © IMAGO/ZUMA Wire/Ximena Borrazas

Kein Konflikt forderte im vergangenen Jahr so viele Tote wie der Bürgerkrieg in Äthiopien: mehr als 100.000 Menschen. Dennoch läuft die Konfliktlage im Land unter dem europäischen Radar. Inzwischen ist der Krieg offiziell beendet. Experte Gerrit Kurtz erklärt im Gespräch mit unserer Redaktion, warum uns die Situation auch hierzulande interessieren sollte.

*Eine Analyse
von [Marie Illner](#)*

Dieser Text enthält eine Einordnung aktueller Ereignisse, in die neben Daten und Fakten auch die Einschätzungen von Marie Illner sowie ggf. von Expertinnen oder Experten einfließen. Informieren Sie sich über [die verschiedenen journalistischen Textarten](#).

Es war eine traurige Nachricht, die Ende Juni Schlagzeilen machte: Im vergangenen Jahr sind weltweit so viele Menschen durch Konflikte gestorben wie seit 30 Jahren nicht mehr – fast 240.000.

Doch anders als viele vermuten könnten: Es war nicht der Ukraine-Krieg, der die meisten Todesopfer forderte. [Laut einem Bericht des "Institute for Economics and Peace"](#) verloren im Ukraine-Krieg mindestens 82.000 Menschen ihr Leben – [im Tigray-Konflikt in Äthiopien wurden dem Bericht zufolge 2022 mehr als 100.000 Menschen getötet](#). Hinzukommen mindestens doppelt so viele, die durch Krankheiten und Hunger infolge der Auseinandersetzungen starben.

Regierungswechsel führte zu Spannungen

Der Konflikt wurde ausgetragen zwischen äthiopischen und eritreischen Regierungstruppen auf der einen Seite und Rebellen der ehemaligen Regierungspartei TPLF (Tigray People's Liberation Front) auf der anderen Seite. Gerrit Kurtz von der "Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP) erklärt, worum es bei dem Konflikt geht: "2018 kam es in [Äthiopien](#) zu einem Regimewechsel von innen. Abiy Ahmed wurde in dessen Zuge Ministerpräsident. In der Folge verlor die TPLF zunehmend an Einfluss in Politik und Wirtschaft, was zu Spannungen mit der nationalen Regierung führte."

Der Konflikt sei dann im November 2020 ausgebrochen, als die TPLF in der Region Tigray Regionalwahlen organisiert habe, die von der Zentralregierung nicht genehmigt wurden. "Die Wahlen wurden nicht anerkannt und die Regierung in Tigray hat auch kein Geld mehr erhalten."

Hinzukam: Wegen der Corona-Pandemie verlegte die Regierung die nationalen Wahlen und blieb daher über ihr Mandat hinaus im Amt. "Die TPLF erkannte deshalb die Legitimität der [Bundesregierung](#) nicht mehr an. Das eskalierte so weit, dass es bis zum Krieg kam", sagt der Experte. ...

<https://home.1und1.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/faktencheck-alena-buix-streubomben-zitat-mund-gelegt-38434686> Aktualisiert am 17.07.2023

Faktencheck Krieg in der Ukraine

Zitat frei erfunden: Ethikrat-Vorsitzende Buyx hat Streubomben nicht als "ethisch gerechtfertigt" bezeichnet

Auf Twitter verbreitet sich ein gefälschtes Zitat der Vorsitzenden des Deutschen Ethikrats, Alena Buyx. Sie soll gesagt haben, Streubomben seien "ethisch gerechtfertigt". Das gefälschte Zitat war als Satire gemeint, aber die erkannten nicht alle.

Ein Faktencheck

von [CORRECTIV.Faktencheck - Fakten für die Demokratie Sarah Thust](#)

Ein Screenshot, der einen angeblichen Artikel von [RTL](#) und N-TV zeigt, sorgt für Aufregung: Der Überschrift ist zu entnehmen, dass [Alena Buyx](#), Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, angeblich gesagt habe, Streubomben seien "ethisch gerechtfertigt". "Was für eine schamlose Aussage", [kommentiert ein Nutzer](#).

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Aber weder hat Buyx das gesagt, noch gab es diesen Artikel. Er wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um [die geplanten Streubomben-Lieferungen](#) der USA [an die Ukraine](#) als Satire veröffentlicht. So wird es in einem [Tweet-Kommentar](#) eines Nutzers vom 9. Juli erklärt.

Der Deutsche Ethikrat reagierte schon einen Tag darauf [auf Twitter](#): "Dies ist ein Fake, Alena Buyx hat dies nie gesagt. Bitte keine Falschnachrichten verbreiten – es ist üble Nachrede." ...

<https://home.1und1.de/magazine/politik/zdf-distanziert-boehmermanns-cdu-tweet-private-aeusserung-38478504> Medien

ZDF distanziert sich: Böhmermanns CDU-Tweet ist "private Äußerung"

Aktualisiert am 30.07.2023, 11:40 Uhr

ZDF-Moderator Jan Böhmermann polarisiert regelmäßig. Mit einem Tweet scheint er jetzt übers Ziel hinausgeschossen zu sein. Sein Arbeitgeber gibt eine Stellungnahme ab.

Das [ZDF](#) hat sich von einem Tweet des Satirikers [Jan Böhmermann](#) zu CDU-Chef Friedrich Merz abgegrenzt. "Das ZDF distanziert sich von der Äußerung Böhmermanns. Der Tweet ist eine private Äußerung von Jan Böhmermann, die in keinem Zusammenhang mit einer Produktion des ZDF steht", teilte der Mainzer Sender am Samstag mit. Zuvor hatten die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und die Zeitungen der VRM über die ZDF-Stellungnahme berichtet.

Böhmermanns Nazi-Vergleich sorgte für Aufschrei in der CDU

Böhmermann hatte sich zu Aussagen des CDU-Bundesvorsitzenden [Merz](#) zum Umgang mit der [AfD](#) auf kommunaler Ebene geäußert. "Keine Sorge, die Nazis mit Substanz wollen nach aktuellem Stand voraussichtlich nur auf kommunaler Ebene mit Nazis zusammenarbeiten", schrieb Böhmermann auf Twitter.

CDU-Mann fordert Entzug des Sendeplatzes

Böhmermann habe mit seiner Äußerung nicht nur die CDU beleidigt, sondern auch die Schrecknisse des Nationalsozialismus verharmlost, schrieb Schnieder weiter. Er bat Himmeler um eine zeitnahe Rückmeldung, "ob Sie aufgrund der wiederholten Entgleisungen von Jan Böhmermann beabsichtigen, ihm den Sendeplatz zu entziehen". Ähnlich deutliche Kritik an dem Böhmermann-Tweet hatte auch schon CDU-Bundessvize Karin Prien geübt. Das ZDF teilte mit, das Schreiben "von Herrn Schnieder ist eingegangen und wird selbstverständlich beantwortet". (dpa/the)

Unser Kommentar: Wie oft noch, wieviel Hetze gegen Anders- und Selbstdenker - nicht grün-rote Protagonisten - darf sich "Isnogud" Böhmermann (zwnagsfinanziert auch von diesen) noch erlauben. Wann endlich wird er gefeuert und strafrechtlich belangt?

<https://nichtohneuns-freiburg.de/usa-hunter-biden-sohn-von-joe-biden-sexphotos-im-repraesentatenhaus-veroeffentlicht/>

<https://web.de/magazine/politik/us-politik/deal-geplatzt-juristischer-aerger-joe-bidens-sohn-hunter-38467342> USA Aktualisiert am 26.07.2023

Deal geplatzt: Juristischer Ärger für Joe Bidens Sohn Hunter geht weiter

Hunter Biden, Sohn von US-Präsident Biden, verlässt nach einem Gerichtstermin das Gericht. Ein aufsehenerregender Gerichtstermin des Sohns von US-Präsident Biden im Bundesstaat Delaware ist ergebnislos zu Ende gegangen. © dpa / Julio Cortez/AP/dpa

Nach dem Platzen eines zuvor ausgehandelten Deals hat sich der Sohn von US-Präsident Joe Biden Medienberichten zufolge vor Gericht wegen Vorwürfen des Steuerbetrugs überraschend nicht schuldig bekannt.

[Mehr News zur US-Politik](#)

Laut den Berichten vom Mittwoch scheiterte die zuvor ausgehandelte Vereinbarung von Hunter [Biden](#) mit der Bundesstaatsanwaltschaft zur Beilegung der Anklage vor dem Gericht in Wilmington im US-Bundesstaat Delaware, nachdem die Richterin Maryellen Noreika deren Inhalt in Frage stellte. Noreika legte den Deal zunächst auf Eis.

Hunter Biden hatte sich eigentlich schuldig bekannt

Der 53-jährige [Biden hatte sich in der vergangenen Woche zu Schuldeingeständnissen](#) in zwei Fällen der Steuerhinterziehung verpflichtet, um einen Strafprozess und eine mögliche Gefängnisstrafe zu umgehen. Die Vereinbarung hätte zudem einen separaten Fall von illegalem Waffenbesitz regeln sollen.

Richterin Noreika, die die Vereinbarung hätte absegnen müssen, warf vor Gericht jedoch Fragen zu dem komplizierten Deal auf. Unter anderem wunderte sie sich, warum der Vorwurf des illegalen Waffenbesitzes in der Vereinbarung zu einem Steuerdelikt-Verfahren enthalten sei. Zudem wollte sie wissen, ob die Vereinbarung Biden vor weiteren Anklagen schütze, die sich aus einer umfassenderen laufenden Untersuchung seiner Geschäftsbeziehungen ergeben könnten.

Richterin kann Deal mit Biden nicht akzeptieren

Als die Staatsanwälte die Fragen der Richterin nicht klären konnten, verkündete diese, dass sie den Deal nicht akzeptieren könne. In der Folge bekannte sich der Sohn des US-Präsidenten nicht schuldig. ...

<https://www.youtube.com/watch?v=EKyIfIcErfE> 28min10 - Reitschuster Rassismus ohne Rasse
– wie geht das? Antworten aus der Biologie von Prof. Kutschera Teil3

<https://home.1und1.de/magazine/ratgeber/haustiere/comedy-pet-photography-awards-2023-lustigsten-fotos-jahres-38421670>